



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 5

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 174. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 10. Mai 2023

Ende der Gewalt an Frauen und Stärkung des Gewaltschutzes

Die Zahlen der Gewaltschutzzentren, Interventionsstellen, Studien und polizeilichen Statistiken machen deutlich, dass Gewalt an Frauen und Kindern ein gesellschaftspolitisch hochrelevantes und ernstzunehmendes Problem ist. Das Gewalt- und Aggressionspotential wurde durch die Corona-Krise und die gegenwärtige Teuerungsproblematik nochmals verstärkt. Gewalt ist ein Angriff auf demokratische Werte und kein individuelles Problem der Frauen. Alle Formen von Gewalt schränken das Leben der Frauen ein und bringen psychische und gravierende Folgen mit sich.

Gewalt an Frauen ist in Österreich allgegenwärtig und zeigt sich in verschiedenen Formen: Auf psychischer, körperlicher und sexueller Ebene. Zunehmend sind es auch Gewaltformen, die auf wirtschaftlicher (Geldentzug) und sozialer Ebene (kein Zugang zu Informationen, Bloßstellen) erfolgen.

Es sind gesellschaftliche, patriarchale Machtstrukturen und Rollenbilder, die männliche Gewalt an Frauen unterstützen. Das kann am Arbeitsplatz oder auch im privaten Bereich sein. Gewalt an Frauen und Kindern geht überwiegend von Männern aus und ist ein Ausdruck von ungleichen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen.

Gewalt macht krank und hinterlässt oft über Jahre oder über ein ganzes Leben Spuren. Unzureichend sind Therapiemöglichkeiten und Präventionsmaßnahmen.

Ökonomische Abhängigkeiten, fehlendes Wissen über das Sozial- und Rechtssystem und wenig Vertrauen in Polizei, Justiz und Behörden, machen es schwer, dass Frauen aus der Gewaltspirale entkommen. Das bedeutet auch, dass die Gefahr, Opfer eines Frauenmordes zu werden, groß ist.

Die aktuellen Ergebnisse der Prävalenzstudie „Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Österreich¹“, durchgeführt von Statistik Austria, bilden traurige Realitäten ab. **In Österreich ist jede dritte Frau (rund 35 %) von körperlicher und/oder sexueller Gewalt in Beziehungen** (erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) **betroffen**. Mehr als jede vierte Frau (26 %) zwischen 18 und 74 Jahren, die erwerbstätig ist oder war, hat sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erfahren. Mehr als jede fünfte Frau (rund 28 %) ist von Stalking betroffen. Die Dunkelziffer ist in allen Bereichen hoch.

Die Morde an Frauen **in Österreich** stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an – von 2014 bis 2018 **haben sich die Morde an Frauen verdoppelt**². Im Jahr 2021 wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik³ 29 Frauen (Wien 11 Frauen) – von ihren (Ex-)Partnern oder Familienmitgliedern – ermordet. Im Jahr 2018 gab es einen Höchststand von 41 Frauen, die ermordet wurden. Monatlich werden im Durchschnitt 3 Frauen ermordet. Beim

¹ [Gewalt gegen Frauen - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager](#)

² [Factsheet_Gewalt-an-Frauen-und-Maedchen-in-Oesterreich.pdf \(aoef.at\)](#)

³ [Test \(bundeskriminalamt.at\); Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\) \(bundeskriminalamt.at\)](#)

überwiegenden Teil der Frauenmorde bestand ein Beziehungs- oder familiäres Verhältnis zwischen Täter und Opfer.

2021 wurden 13.690 Betretungs- und Annäherungsverbote⁴ (Wien: 4.220) von der Polizei verhängt. Im gleichen Jahr wurden 22.039 Opfer familiärer Gewalt von den Gewaltschutzzentren und Interventionsstellen aufgenommen. Österreichweit wurden insgesamt 3.018 Personen (1.498 Frauen und 1.520 Kinder)⁵ in den Frauenhäusern betreut. 81,3 % der von Gewalt Betroffenen waren Frauen und Mädchen und 90,4 %⁶ der Gefährder waren Männer.

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft⁷ verzeichnete 2020-2021 einen starken Anstieg an Anfragen. In dem Zeitraum waren es 4.962 Anfragen und damit fast 1.000 mehr als in der Periode 2018-2019. Am häufigsten (1.975) betrafen die Anfragen Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt, ein Drittel davon sexuelle Belästigung.

Es gibt keine Entschuldigung für Gewalt! Gewaltabbau braucht die ökonomische Gleichstellung und ein Aufbrechen von Machtgefällen. Das Bewusstsein gegen Partnergewalt und Männergewalt in der Gesellschaft muss geschärft werden. Damit Frauen sich aus der Gewaltsituation auch lösen können, müssen die strukturellen Probleme erkannt und mit effektiven Maßnahmen beseitigt werden.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert:

- **Die frühzeitige Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen. Die Wiener Frauenhäuser Wien bieten erstmals seit Anfang des Jahres mit Unterstützungsförderung des AMS Wien das Beratungsangebot Perspektive:Arbeit an, um gewaltbetroffene Frauen persönlich und wirtschaftlich zu stärken. Diese Form von Unterstützungsmöglichkeiten muss ausgebaut werden.**
- **Gewalt muss früh erkannt und ernst genommen werden. Dafür braucht es eine gute Datenlage, um Gewalt(-strukturen) und Risikofaktoren in Beziehungen schnell zu erkennen. Es braucht auch mehr qualitative und quantitative Forschung zu den Gewaltursachen, insbesondere der Bedeutung von ökonomischer Abhängigkeit von Frauen.**
- **Wir fordern ein starkes Gewaltschutzsystem, das insbesondere auch Frauen mit Migrationshintergrund schützt. Entsprechend braucht es eine finanzielle Absicherung für einen Ausbau von Frauen- und Gewaltschutzeinrichtungen.**
- **Notwendig sind Schulungen der Justiz und der Exekutive in Bezug auf nachhaltigen Opferschutz, verstärkten Maßnahmenvollzug und Unterbringung. Damit sollen Gefährdungsrisiken besser beurteilt und der Schutz vor Gewalt erhöht werden.**
- **Um das Männlichkeitsbild nachhaltig positiv zu verändern und die männliche Gewalt präventiv zu bekämpfen, müssen Männerberatungsstellen gewährleistet und finanziell abgesichert werden.**

⁴ Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik und Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, Tätigkeitsberichte 2014-2020

⁵ [Factsheet_Gewalt-an-Frauen-und-Maedchen-in-Oesterreich.pdf \(aoef.at\)](#)

⁶ Quelle: Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie:Tätigkeitsbericht 2021 <https://www.interventionsstelle-wien.at/download/?id=832>

⁷ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/gleichbehandlungsberichte/gleichbehandlungsberichte-der-privatwirtschaft.html>



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- In Österreich fehlen kostenlose Therapieformen, um die Gewalterfahrungen auch verarbeiten zu können. Die aktuellen Wartezeiten auf Psychotherapie auf Krankenschein beträgt sechs bis acht Monate. Die wenigen Einrichtungen mit geförderten Plätzen wie Hemayat, Fem Süd und Verein Miteinander Lernen sind stets ausgebucht. Für Frauen mit Kindern braucht es dringend Familienerholungswochen mit Therapiemöglichkeiten.
- Arbeitgeber:innen haben dafür Sorge zu tragen, dass „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ und andere Formen von Gewalt und Diskriminierungen keinen Platz haben. Dafür braucht es eine klare Haltung und effektive Instrumente wie Betriebsvereinbarungen, Leitfäden, verpflichtende Schulungen.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------